

Entwurf einer Stellungnahme der Deputation für Bildung zum Benchmarking-Bericht 2007

Die Deputation für Bildung begrüßt es, dass mit den Benchmarking-Berichten ein Instrument erarbeitet worden ist, mit dem Ziel, Zielerfüllungsgrade und Vergleiche mit anderen Städten und Ländern für die Produktbereiche der bremischen Haushalte gebündelt darzustellen. Diese Zusammenstellung bietet eine gute Grundlage für die jeweiligen Haushaltsberatungen und für die Steuerung des Aufgabengebiets. In Auswertung der Zahlen wird insbesondere auf folgendes hingewiesen:

1. Aufwendungen:

Im Jahr 2004 sind die Gesamtausgaben je Schüler/in im Vergleich zu 2003 etwas gesunken und liegen jetzt nur noch geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, aber deutlich unter den Ausgaben je Schüler/in in den anderen Stadtstaaten.

Land	Gesamtausgaben je Schüler/in	Rang
Bremen	4.800	6
Hamburg	5.900	1
Berlin	5.200	3
Baden-Württemberg	4.800	6
Bayern	4.700	8
Hessen	4.500	10
Niedersachsen	4.500	10
Nordrhein Westfalen	4.400	13
Rheinland-Pfalz	4.400	13
Saarland	4.300	16
Schleswig-Holstein	4.500	10
Mecklenburg-Vorpommern	4.400	13
Brandenburg	4.600	9
Sachsen	4.900	5
Sachsen-Anhalt	5.100	4
Thüringen	5.500	2
Bundesgebiet	4.700	

Neben Hamburg ist Bremen das einzige Bundesland in dem die Personalausgaben je Schüler/in 2004 geringer sind als 1999, wobei die Verringerung in Bremen sowohl absolut als auch relativ deutlicher ausfiel als in Hamburg.

Der Rückgang der Gesamtausgaben ist insbesondere auf die erheblichen Einsparungen im Personalbereich zurückzuführen, die sich in der Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation auch als Verschlechterung der Versorgung der Schüler/innen mit Lehrerwochenstunden niederschlagen.

Die Schüler-Lehrer-Relation 2006 liegt erstmals mit 17,3 Vollzeit-Lehrereinheiten je Schüler/in deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,9 und noch deutlicher über den Werten der anderen Stadtstaaten.

2. Abschlüsse:

Der Studienberechtigtenquote (Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung) ist im Lande Bremen mit 48,3% überdurchschnittlich.

Der Anteil an Absolventen ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen wird im Bericht für das Jahr 2006¹ mit 7,2% und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 % ausgewiesen. Diese Kennzahl wird hier bundesweit noch in Bezug auf die Absolventen/ Abgänger des entsprechenden Jahrganges insgesamt berechnet. Grundsätzlich ist es sinnvoller, wie bei der Studienberechtigtenquote, die Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung darzustellen.² Seit 2004 sinkt diese Quote im Bundesland Bremen und nähert sich dem Bundesdurchschnitt an. Sie liegt deutlich unter dem Vergleichswert der anderen Stadtstaaten und wird auch 2007 voraussichtlich weiter sinken.

Die Wiederholerquote war 2005 in Bremen mit 2,4% noch unterdurchschnittlich, ist 2006 aber wieder auf 3,1% gestiegen. Leider ist diese Kennzahl häufigeren definitiven Anpassungen unterworfen. Auch die Daten 2006 weisen Lücken auf.³ Insgesamt ist der Ländervergleich in Bezug auf die Gesamtquote insbesondere für 2006 nicht aussagekräftig.

3. Besondere soziale Rahmenbedingungen:

Die dargestellten Zahlen sind in einem Kontext von sozialen Rahmenbedingungen zu sehen, die in Bremen teilweise schlechter sind als in vielen Vergleichsstädten. Die Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (ALG II und Sozialgeld) liegt über dem Durchschnitt der dargestellten Großstädte (siehe hierzu den Produktplan 41 Soziales (ohne Jugend) im Benchmarking-Bericht 2007, S. 89).

Die in den PISA-Untersuchungen erhobenen Daten für den Sozialindex zeigen ebenfalls die vergleichsweise sehr ungünstige Ausgangslage. Im Rahmen der PISA-Untersuchung 2003⁴ ist im Ländervergleich in Bremen mit 35,8% (Bundesdurchschnitt bei 22,2%, Hamburg als zweithöchster Wert bei 34,6%) der im Vergleich höchste Anteil an 15jährigen Schülerinnen/Schüler mit Migrationshintergrund festgestellt worden.

Trotz dieser im Vergleich schwierigen sozialen Rahmenbedingungen stehen für die Aufgabe Ressourcen zur Verfügung, die sich insgesamt immer mehr dem Bundesdurchschnitt annähern, die Ausstattung mit Lehrkräften ist gemessen an der Schüler-Lehrer-Relation mittlerweile auffällig schlechter als im Bundesdurchschnitt und deutlich schlechter als in den anderen Stadtstaaten.

4. Datenlage:

Für ein Benchmarking im Bildungsbereich können mit Ausnahme der Bewirtschaftungsdaten nur Vergleichsdaten auf Basis der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes bzw. regelmäßigen Erhebungen der Kultusministerkonferenz herausgezogen werden. Dies führt dazu, dass die Zahlen teilweise bis zu drei Jahre alt sind. Die Datenlieferung für weitere Benchmarking-Berichte ist abhängig von der Erhebung durch die genannten Organisationen.

Die Darstellung der Kennzahl "Fläche pro Schüler" aus dem KGSt-Vergleichsring Schulverwaltung ist bei der Vorbereitung des Benchmarking-Berichtes 2008 erneut kritisch darauf zu prüfen, ob die dargestellten Unsicherheitsfaktoren hinreichend beseitigt

¹ Im Bericht ist versehentlich das Jahr 2005 angegeben, es sind aber die Daten 2006 dargestellt.

² Innerhalb der KMK ist noch nicht abschließend definiert, wie die vergleichbare Bevölkerung letztendlich festgelegt wird. In Anlehnung an den Bindungsbericht 2006 ist hier als Bezugsgröße ein Durchschnittsjahrgang der Bevölkerung zwischen 15 und 17 Jahren des Vorjahres gewählt worden.

³ Einige Bundesländer haben nach Einführung der flexiblen Eingangsphase für die Klassen 1 und 2 keine Wiederholer mehr gemeldet bzw. diese Kennzahl nicht an Schulen mit flexibler Eingangsphase erhoben. In Bremen sind die Wiederholer noch vollständig erhoben worden. Für Niedersachsen liegen ferner keine Wiederholerzahlen im Sekundarbereich II vor.

⁴ Vgl. PISA 2003:Ergebnisse des zweiten Ländervergleichs Zusammenfassung, S. 32 ff (http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/PISA2003_E_Zusammenfassung.pdf)

sind. Derzeit liegen die Flächenangaben noch nicht einheitlich in allen Städten als Bruttogeschossfläche (BGF) vor, teilweise wird diese Fläche rechnerisch aus der Reinigungsfläche ermittelt, so dass hier noch keine hinreichende Vergleichbarkeit gegeben ist.

Im Gegensatz zu den vorherigen Berichten sind 2007 auch die neuen Bundesländer in den Vergleich mitaufgenommen und der Bundesdurchschnitt als Vergleichsmaßstab dargestellt worden. Dies sollte beibehalten werden, ergänzend sollte der Stadtstaaten-durchschnitt wieder als zusätzlicher Vergleichsmaßstab herangezogen werden.